

Stellungnahme	Datum: 20.05.2010	
Entscheidendes Gremium:	fed. Senator/-in: S 2, Georg Scholze	
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Hauptverwaltungsamt	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter:		
Entlohnungen bei den für die Hansestadt Rostock arbeitenden Postdiensten		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
09.06.2010	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

1. Welche Unternehmen sind mit der Beförderung der Behördenpost für die Hansestadt Rostock tätig?

Im Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung wird der Postversand zum 01.06.2010 neu geregelt.

Briefsendungen außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns werden ab 01.06.2010 durch die Firma „Nordbrief“ zugestellt.

Alle Postzustellungsaufträge werden durch die Deutsche Post realisiert.

Briefsendungen innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns realisiert die Firma RIDAS bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens.

Für Paketsendungen ist der Hermes Paketdienst tätig.

- 2. Wie hoch sind die Löhne in den für die Zustellung von Behördenpost der Kommune beauftragten Unternehmen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zum Post-Mindestlohn und dem Auslaufen des zugrunde liegenden Tarifvertrages Ende April?**

An der o.g. Ausschreibung der Postdienstleistungen (bekannt gemacht am 15. Mai 2010) konnten sich nur Postdienstleister beteiligen, die über eine Lizenz nach § 5 Abs. 1 Postgesetz verfügen. Die Lizenz wird von der Regulierungsbehörde auf Antrag erteilt. Lizenznehmer müssen die Einhaltung der Rechtsvorschriften garantieren. Dazu gehören auch die Einhaltung der Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), bestehende Tarifverträge und die Postmindestlohnverordnung bis zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts am 28. Januar 2010.

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz regelt als Rechtsnorm Mindestentgeltsätze und wurde im Dezember 2007 auf den Bereich Postdienstleistungen ausgeweitet. Darüber hinaus verfügt die Stadtverwaltung Rostock über keine rechtlichen Möglichkeiten, Reallöhne der Beschäftigten zu kontrollieren.

- 3. Stellt die Kommune sicher, dass auch nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zum Post-Mindestlohn und dem Auslaufend es Tarifvertrages Ende April ein Lohn von mindestens 9,80 EUR pro Stunde gezahlt (West/Ost) wird? Wir bitten um Begründung des Vorgehens.**

Es gibt keine Rechtsgrundlage, die es der Stadtverwaltung ermöglicht, regulierend in den Geschäftsbetrieb der Auftragnehmer einzugreifen.

Einen Mindestlohn bei Briefdienstleistungen per Gesetz durchzusetzen, wäre über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz durch Tarifvertrag bzw. Postmindestlohnverordnung möglich.

Georg Scholze